

*** EINE WELT NACHRICHTEN ***

InWEnt gGmbH Internationale Weiterbildung und Entwicklung**Servicestelle Kommunen in der Einen Welt**

Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn

Fon 0228/4460-1632, Fax 0228/4460-1601

Email: info@service-eine-welt.deURL: www.service-eine-welt.de

DATUM: 16.02.2009; VII/85

Willkommen!PDF der EWN: http://www.service-eine-welt.de/ewn/ewn-archiv.html#h0_2009*Liebe EWN-LeserInnen,*

die Öffentlichkeit schaut gespannt auf Barack Obama, der am 20. Januar 2009 sein Amt als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika angetreten hat. Menschen in der ganzen Welt setzen große Hoffnungen auf den ersten afro-amerikanischen US-Präsidenten. Insbesondere beim Kampf gegen den Klimawandel erwarten viele eine Wende in der bisherigen US-Politik. Und erste hoffnungsvolle Zeichen gibt es bereits. So hat Obama wenige Tage nach seiner Amtseinführung die Umweltbehörde EPA angewiesen, die Entscheidung seines Vorgängers George W. Bush gegen eigene Autoabgaswerte in den einzelnen US-Staaten zu überprüfen. Zudem ernannte seine Außenministerin Hillary Clinton erstmals einen US-amerikanischen Sondergesandten für Klimawandel. Bereits im Wahlkampf hatte Obama angekündigt, die Emissionen klimaschädlicher Gase bis 2020 auf den Stand von 1990 zurückfahren zu wollen. Bis 2050 soll der Ausstoß dann sogar um weitere 80 Prozent verringert werden. Um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, setzt der neue Präsident auf den Ausbau von erneuerbaren Energien. So will er bis 2025 mindestens 25 Prozent des amerikanischen Stroms etwa durch Solarenergie und Windkraft gewinnen. Ob das Thema Klimawandel allerdings für ihn genauso wichtig sein wird wie etwa die weltweite Finanzkrise, bleibt abzuwarten. Zumindest besteht die berechtigte Hoffnung, dass sich mit Barack Obama beim globalen Umwelt- und Klimaschutz wieder etwas bewegt und die anstehenden Klimaverhandlungen für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen im Dezember in Kopenhagen zu einem Erfolg geführt werden können. Denn ohne die USA kann und wird es keinen entscheidenden Fortschritt im Kampf gegen den Klimawandel geben.

Ihre Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

In den heutigen ***Eine Welt Nachrichten*** finden Sie folgende Rubriken:

(Zahl anklicken und schon springen Sie zur Textstelle):

Über uns	-2- (in eigener Sache)
Termin-Nachlese	-2- (Wie war denn die Tagung ...?)
Materialien & Medien	-3- (Broschüren, Webadressen, etc.)
Tipp	-5- (Hilfreiches zur Eine-Welt-Arbeit)
Hintergrund	-6- (Meldungen zu Eine-Welt- und entwicklungspolitischen Themen)
Organisation direkt	-9- (NGOs stellen sich vor)
Monatshighlight	-9- (Schwerpunktthema)
Stellenbörse	-10- (Jobs in der Einen Welt)
Wettbewerbe	-10- (Infos zu laufenden Wettbewerben)
Kontakt und Hinweise	-11- (zum guten Schluss)

Veranstaltungen nur noch online unter www.service-eine-welt.de/veranstaltung/Veranstaltungen.htmlEmail- und Internetangaben sind in der *EWN* als [Hyperlink](#) eingerichtet.*****Die nächsten EWN erscheinen am 16. März 2009*****

Über uns

Studie „Kommunale Entwicklungspolitik“

Immer mehr deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise engagieren sich in der Entwicklungspolitik. Sie fassen Beschlüsse zur fairen Beschaffung, unterstützen den fairen Handel und fördern entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Viele Kommunen engagieren sich zudem im Rahmen kommunaler Partnerschaften mit Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika. Vor dem Hintergrund der rasanten Verstädterung in Entwicklungsländern und der wachsenden Bedeutung der Städte im Entwicklungsprozess sowie bei der Bewältigung globaler Herausforderungen sind die Kommunen dadurch zu wichtigen Partnern und Adressaten der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Zugleich muss die Rolle von Kommunen in den Industrieländern als Akteure der Entwicklungspolitik angesichts der veränderten Anforderungen an die Gebergemeinschaft neu überdacht werden. Die vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Zusammenarbeit mit der Servicestelle erstellte Studie „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ soll dazu einen Beitrag leisten, indem aufbauend auf den bereits vorhandenen Forschungsergebnissen zur Rolle der Bundesländer in der Entwicklungspolitik, die Position der Kommunen in einem möglichen Mehrebenen-Ansatz der Entwicklungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen untersucht wird. Die Studie knüpft an eine europäische Vergleichsstudie der Servicestelle an und reiht sich ein in die Arbeiten des DIE zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Wirksamkeitsagenda in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sie liefert eine grundlegende Bestandsaufnahme zur kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland. Zum einen wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Entwicklungspolitik, deren politische und institutionelle Verankerung sowie die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten analysiert. Zum anderen wurde eine Bestandsaufnahme der entwicklungspolitischen Aktivitäten deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise durchgeführt. In Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag wurden bundesweit Kommunen etwa nach Art, Umfang, Trägern, Partnern und Finanzierungsquellen befragt. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen unterbreitet, wie die internationale Handlungsfähigkeit der Kommunen und ihr Engagement erhöht und verbessert werden können. Ziel der deutschen Entwicklungspolitik, das stellt diese Studie klar heraus, sollte es sein,

durch konstruktive wechselseitige Einbindung eine kohärente Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund im Bereich der Entwicklungspolitik zu ermöglichen und die Wirkung kommunalen Engagements im Sinne der Grundsätze der Paris-Erklärung weiter zu entwickeln. Die Studie „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland – Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise“ wird Anfang März beim DIE erscheinen und kann auch über die Servicestelle kostenfrei vorbestellt werden.

Kontakt: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy, Fon 0228/4460-1774, Fax 0228/4460-1601, stefan.wilhelmy@inwent.org, www.service-eine-welt.de

Termin-Nachlese

13. bis 14.02.2009, Stuttgart

Fachtagung zu Migration und Entwicklung

Mit der Tagung „Migration, Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit“ hat die Landeshauptstadt Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Forum der Kulturen ihre Veranstaltungsreihe zur „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ fortgesetzt und zugleich ihre bundesweite Vorreiterrolle bei der Vernetzung lokaler Diaspora und Eine-Welt-Akteuren unterstrichen. Sowohl die große Resonanz auf die öffentlichen Vorträge am ersten Tag als auch die Diskussionsergebnisse der – einer Fachöffentlichkeit aus Migrantenvereinen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit vorbehaltenen – Workshops des zweiten Veranstaltungstages haben die Potenziale der Vernetzung von lokaler Diaspora und Eine-Welt-Akteuren deutlich werden lassen. Der Duisburger Politikwissenschaftler Professor Franz Nuscheler konstatierte: „Bundesweit steht Stuttgart bislang fast allein im Bemühen, die Migranten für konkrete Projekte ins Boot zu holen.“ Die Servicestelle war an der Tagung beteiligt und wird die Ergebnisse in ihr Modellprojekt mit den Städten Bonn, Kiel, Leipzig München und dem Landkreis Düren einbringen. Erfolgsfaktoren der Arbeit in Stuttgart sind die politische Unterstützung, insbesondere durch Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, die intensive Zusammenarbeit der andernorts meist getrennt agierenden Verwaltungsbereiche für Integration und Internationales, hier zwischen der Stabsabteilung für Integrationspolitik und der Stabsabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten, die Glaubwürdigkeit, die maßgeblich auch auf der personalpolitischen Öffnung der Stuttgarter Kommunalverwaltung gegenüber MigrantInnen basiert und die langfristige Orientie-

rung sowie das über die mittlerweile zehnjährige Tätigkeit des Forums der Kulturen bei den Migrantenselbstorganisationen gewachsene Vertrauen. Das Forum der Kulturen hat 85 Mitgliedsvereine und betreut weit mehr als 200 in Stuttgart aktive Migrantenorganisationen. Hier wurde im November 2007 der „Arbeitskreis MigrantInnen und Entwicklungszusammenarbeit“ eingerichtet, der von einer Teilzeitstelle betreut wird, deren Finanzierung ab 2010 allerdings noch ungesichert ist. Über das Erscheinen der geplanten Tagungsdokumentation werden wir in den EWN informieren.

Kontakt: Forum der Kulturen e. V., Paulino Miguele, paulino.miguele@forum-der-kulturen.de, www.forum-der-kulturen.de

26.01.2009, Bonn

Gründung von IRENA

Insgesamt 75 Staaten haben in Bonn die „International Renewable Energy Agency“ (IRENA) aus der Taufe gehoben. An der Gründungskonferenz nahmen fast 400 RepräsentantInnen aus 120 Staaten teil. Darunter waren auch 43 MinisterInnen. „IRENA wird dem weltweiten Einsatz erneuerbarer Energien einen Schub geben und ihren Ausbau beschleunigen. Nun kann IRENA unverzüglich mit der Arbeit beginnen und erste Strukturen aufbauen“, betonte der Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien (EUROSOLAR) und Vorsitzende des Weltraates für Erneuerbare Energien, Hermann Scheer, der sich seit Beginn der 1990-er Jahre für die Schaffung einer entsprechenden politischen Institution in Form einer internationalen Regierungsorganisation für erneuerbare Energien eingesetzt hatte. Wie Scheer weiter ausführte, werde die Internationale Agentur für erneuerbare Energien Regierungen von Industrie- und Entwicklungsländern praxisnah beraten, Unterstützung bei der Anpassung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen leisten und dazu beitragen, Kompetenzen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien aufzubauen. Zu den 75 Gründungsstaaten von IRENA gehören neben Deutschland unter anderem auch Argentinien, Chile, Frankreich, Italien, alle skandinavischen Staaten, Nigeria, Österreich, Polen, Spanien, Südkorea, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Am 30. Januar 2009 beschloss zudem die indische Regierung, ebenfalls IRENA beizutreten. Bislang noch nicht dabei sind etwa die Vereinten Staaten von Amerika, Russland, China, Japan oder Großbritannien.

www.irena.org/

Materialien & Medien

Medienhandbuch zur Entwicklungspolitik

Die Neuauflage des alle zwei Jahre aktualisierten Nachschlagewerks „Medienhandbuch Entwicklungspolitik“ ist erschienen. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) herausgegebene Nachschlagewerk zeigt auf mehr als 500 Seiten Handlungsfelder, beschreibt die Entwicklungszusammenarbeit mit einzelnen Partnerländern und Regionen und bietet umfangreiches Zahlen- und Datenmaterial. Das Handbuch kann über Internet kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden.

www.bmz.de/de/service/infothek/fach/handbuecher/index.html

Erster Umweltwirtschaftsbericht

Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt haben Mitte Januar 2009 den ersten Umweltwirtschaftsbericht vorgelegt. Die Publikation zeigt die enge Verknüpfung zwischen Ökologie und Ökonomie und die neue Rolle der Umweltpolitik und belegt, dass sich Umweltschutz durchaus auszahlt gerade auch angesichts langfristig steigender Energie- und Rohstoffpreise sowie der großen Bedeutung der Energie- und Materialkosten im verarbeitenden Gewerbe. Die 156-seitige Langfassung sowie eine achtseitige Kurzfassung des Umweltwirtschaftsberichts stehen im Internet als Download zur Verfügung.

www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/downloads/doc/42923.php

Broschüre „Klimaschutz erfordert Handeln“

Neben energieeffizienten Technologien erfordert der Kampf gegen den Klimawandel vor allem auch das Handeln jedes Einzelnen. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) herausgegebene neue Broschüre „Klimaschutz erfordert Handeln. Beiträge der sozial-ökologischen Forschung“ informiert darüber, was es bringt, wenn sich VerbraucherInnen bewusst für einen sparsamen Energieverbrauch, die Nutzung sauberer Energien und umweltfreundliche Verkehrsmittel entscheiden. Beeindruckendes Ergebnis: VerbraucherInnen können über ihr Verhalten und ihre Kaufentscheidungen rund zwei Drittel ihrer Treibhausgas-Emissionen beeinflussen. Die Broschüre nennt konkrete Beispiele. So hat eine Nachwuchs-Forschergruppe untersucht, wie stark der Treibhaus-Ausstoß sinkt, wenn die BewohnerInnen einer Großstadt vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen und was getan werden muss, damit die Menschen sich auch entsprechend verhalten. Laut Untersuchung

könnten vor allem neue Dienstleistungen wie Gepäcktransporte, Car-Sharing und Miet-Fahrräder im Stadtzentrum dabei das Verhalten der Menschen positiv beeinflussen. Die 40-seitige Broschüre kann kostenlos bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

Bezug: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Referat 722, Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, Postfach 300235, 53182 Bonn, Fon 01805/262-302, Fax 01805/262-303, book@bmbf.bund.de, www.bmbf.de/pub/klimaschutz_erfordert_handeln.pdf

CD zu den Millennium-Entwicklungszielen

Der Anteil von hungernden und in extremer Armut lebenden Menschen soll bis zum Jahr 2015 halbiert werden. So sehen es die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vor. Jede Menge Informationen und Materialien, wie gerade auch junge Leute dazu beitragen können, dass diese Ziele erreicht werden, bietet jetzt eine neue DVD, die von Jugendlichen für Jugendliche entwickelt wurde. Neben Hintergrundinformationen stellt die interaktive DVD die UN-Millenniumkampagne vor und bietet Videoclips und hilfreiche Anleitungen zur Pressearbeit oder Produktion von Podcasts. Das Toolkit wurde von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Koordiniert wurde die Entstehung von der UN-Millenniumkampagne in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Verein Südliches Afrika KOSA und dem Welthaus Bielefeld. Die DVD kann gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro über Internet bestellt werden.

www.kosa.org/mdgtoolkit.html,
www.welthaus.de/publikationen-shop/kategorie/produkte/mdg-toolkit/

Portal „CSR WeltWeit“ online

Deutsche Unternehmen werden im Ausland nicht nur für die Qualität und Innovationskraft ihrer Produkte geschätzt, sondern auch für ihr gesellschaftliches Engagement vor Ort. Um dieses Engagement sichtbar zu machen und Unternehmen bei der Gestaltung von Corporate Social Responsibility (CSR) im Ausland zu unterstützen, haben die Bertelsmann Stiftung und das Auswärtige Amt das Internetportal „CSR WeltWeit“ freigeschaltet. Es liefert deutschen Unternehmen ein umfangreiches Informationsangebot für die erfolgreiche Umsetzung sozial und ökologisch verantwortlicher Aktivitäten bei ihren Auslandsinvestitionen. Kernstück des Portals sind 24 Länderprofile und rund 40 Fallstudien deutscher Unternehmen. Die Län-

derprofile informieren vor allem über den Stellenwert von CSR im Land, über die Erwartungen an deutsche Unternehmen sowie über mögliche Handlungsfelder und Kooperationspartner für das gesellschaftliche Engagement vor Ort.

www.csr-weltweit.de/

Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung soll messbar sein. Deshalb hat die Bundesregierung in ihrer 2002 aufgelegten Nachhaltigkeitsstrategie verschiedene Indikatoren festgelegt, die die Nachhaltigkeit der Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft beobachten. Die insgesamt 21 Indikatoren sind den vier Bereichen „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Verantwortung“ zugeordnet. Dabei informieren einzelne Indikatoren etwa über die Entwicklung der Staatsverschuldung, den Stand der Ressourcenproduktivität, vorhandene Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder oder den Handel der Entwicklungsländer mit der Europäischen Union. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte „Indikatorenbericht 2008“ beschreibt und analysiert die Entwicklung dieser Nachhaltigkeitsindikatoren. Er kann im Internet heruntergeladen werden.

www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/UmweltoekonomisheGesamtrechnungen/Indikatorenbericht2008,property=file.pdf

Öko-Wiki nun auch auf Deutsch

Die Online-Enzyklopädie „Wikipedia“ kennen fast alle. Den wenigsten Menschen ist dagegen „Wikia Green“ ein Begriff, das Online-Lexikon für ökologisch bewusstes Leben mit alphabetisch geordneten Ratschlägen aus allen Bereichen des Lebens. 2008 hat der Wikipedia-Gründer Jimmy Wales dieses englischsprachige Öko-Wiki auf Anregung des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore ins Leben gerufen. Mit „Wikia Green Deutschland“ gibt es nun auch eine deutschsprachige Seite. Sie funktioniert nach dem bewährten Prinzip der Wikipedia: Jeder kann Artikel schreiben, ergänzen oder verbessern. Dabei bezieht sich das von den NutzerInnen zusammengetragene Wissen ausschließlich auf Umweltschutz und Kohlendioxid-Einsparung. Einen Schwerpunkt der deutschsprachigen Umweltschutzencyklopädie bildet die Rubrik „Konsum“ mit zahlreichen Tipps für VerbraucherInnen. So findet man unter dem Stichwort „Auto“ etwa Empfehlungen für besonders Kohlendioxid-sparende Alt- und Neuwagen und Tipps für eine ressourcenschonende Fahrweise. Unter

„Klimarechner“ gibt es Links zu Seiten, auf denen man seine individuellen Kohlendioxid-Emissionen, den sogenannten „ökologischen Fußabdruck“, ausrechnen kann.

<http://de.green.wikia.com/wiki/Hauptseite>

SÜDWIND-Studie zum Diamantenabbau

Das SÜDWIND-Institut hat eine Studie zu den Abbau-Bedingungen in Diamantenminen in der Demokratischen Republik Kongo, in Sierra Leone und in Indien herausgegeben. Die Studie weist unter anderem auf massive soziale und ökologische Missstände bei der Förderung von Diamanten in Afrika hin. Auch für die Weiterverarbeitung der Diamanten in Indien, wo rund 90 Prozent aller weltweit geförderten Diamanten geschliffen und poliert werden, werden ähnliche Ergebnisse ausgezeigt. SÜDWIND fordert daher von den deutschen Unternehmen, die am Handel mit Schmuck und Industriediamanten beteiligt sind, weltweit für die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards einzutreten. Die Studie „Der härteste Stoff der Welt – von der DR Kongo und Sierra Leone über Indien nach Deutschland“ steht im Internet zum Download bereit.

www.suedwind-institut.de/downloads/2008-08_SW_Diamanten-Studie.pdf

Jecke Fairsuchung beim Karneval

In wenigen Tagen beginnt die fünfte Jahreszeit. Unter dem Motto „Jeck op fair – wat wellste mehr“ werden bei den diesjährigen Karnevals- und Faschingsumzügen wieder viele faire Kamelle, Schokolädchen und Strüßjer unter das närrische Volk gebracht. Immer mehr Karnevalsgruppen, die ihren Spaß am Straßenkarneval mit einer Zugteilnahme krönen, werfen Wurfmaterial aus fairem Handel. Informationen zur fairen Session gibt es auf der Internetseite des im September 2006 gegründeten Vereins „Jecke Fairsuchung“

www.jeckefairsuchung.org/

Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Das Bundeskabinett hat Ende des vergangenen Jahres eine Anpassungsstrategie an den Klimawandels beschlossen. Die Strategie fasst den aktuellen Kenntnisstand zu den zu erwartenden Klimaänderungen und den damit verbundenen möglichen Auswirkungen für Deutschland zusammen. Zudem werden Handlungsoptionen für 15 Bereiche wie etwa Bauwesen, Tourismus und Gesundheit skizziert. Die Anpassungsstrategie soll den Grundstein für einen mittelfristigen Prozess legen, in dem Bund, Länder und gesellschaftliche Gruppen die Risiken des Klimawandels bewerten und bis zum Frühjahr 2011 einen konkreten Akti-

onsplan entwickeln. Die Anpassungsstrategie sowie eine Zusammenfassung und ein Hintergrundpapier stehen im Internet als Download bereit.

www.bmu.de/klimaschutz/downloads/doc/42783.php

Tipp

Mitmachen bei Initiative „1000 x 1000“

Mit dem Aufruf „Sei ein Futurist!“ haben die Drogeriemarktkette dm-drogerie markt und die Deutsche UNESCO-Kommission die Initiative „1000 x 1000“ gestartet. Diese Aktion zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung fördert 1.000 Projekte, die die Zukunft lebenswerter machen, mit jeweils 1.000 Euro. Auf diese Weise sollen junge Menschen dazu ermutigt werden, selbst aktiv ihre Zukunft und die Zukunft nachfolgender Generationen zu gestalten. Förderfähige Projekte können etwa kreative Stromsparmuster oder ein Theaterstück zum Leben in einer zukunftsfähigen Gesellschaft sein. Entscheidend ist nur, dass sie sich auf das Leitbild der Nachhaltigkeit beziehen und zum Nachahmen anregen. Interessierte können sich bis zum 9. April online bewerben oder im Internet den Bewerbungsbogen herunterladen und ausgefüllt im nächsten dm-Markt abgeben.

www.sei-ein-futurist.de

Tag der Erneuerbaren Energien

Ab sofort kann sich jeder Anlagenbetreiber zum 14. Tag der Erneuerbaren Energien am 25. April 2009 anmelden. Bei dieser Klimaschutzaktion öffnen deutschlandweit Anlagenbetreiber ihre umweltfreundlichen Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Biomassenutzungen im Rahmen eines Tages der offenen Tür. Auch energieeffiziente Häuser und Technik wie Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen werden präsentiert. Auch Schulen sind aufgefordert, ihre Aktivitäten zum SchulenergieTag 2009 zu veröffentlichen. Dieser findet in der Zeit vom 20. bis 24. April 2009 statt und richtet sich an SchülerInnen von allgemein bildenden Schulen und Berufsschulen. Informationen zu beiden Aktionen sowie ein Leitfaden mit vielen Anregungen gibt es im Internet.

www.energietag.de/

Newsletter der UNESCO-Weltkonferenz

Vom 31. März bis zum 2. April 2009 findet in Bonn die große Weltkonferenz zu Bildung für nachhaltige Entwicklung statt. Ab sofort kann der Newsletter der UNESCO-Weltkonferenz abonniert werden. In regelmäßigen Abständen informiert er über die Konferenzvorbereitungen. Der Newslet-

ter, der erstmals Ende Januar verschickt wurde, steht in Englisch und Französisch zur Verfügung.

<http://www.esd-world-conference-2009.org/de/aktuelles/news-detail-de/item/subscribe-to-esd-world-conference-newsletter.html>

Hintergrund

Regierungserklärung zu Millenniumzielen

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, hat die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit in Zeiten der Finanzkrise betont. In einer Regierungserklärung zum Stand der Millennium-Entwicklungsziele und zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer am 29. Januar 2009 vor dem Deutschen Bundestag äußerte Wieczorek-Zeul die Befürchtung, dass die Finanzkrise die Zahl der Armen deutlich erhöhen könnte. Jeder Prozentpunkt weniger Wachstum treibe rund 20 Mio. Menschen zurück in die Armut. Um die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, forderte Wieczorek-Zeul einen „neuen globalen Pakt für das 21. Jahrhundert“. Die Ministerin nannte dazu acht Punkte, darunter Investitionen in Entwicklungsländern und die Verbindung von Klimaschutz mit der Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem müsse es einen Abschluss der WTO-Runde geben, der den Entwicklungsländern einen uneingeschränkten Zugang zu den Märkten der EU einräume. Die Krise dürfe nicht zu Protektionismus führen. Die Ministerin kündigte an, dass die Bundesregierung bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht nachlassen werde. Im Etat ihres Ministeriums sind für das laufende Jahr Ausgaben von 5,8 Mrd. Euro eingeplant. Das sind rund zwölf Prozent mehr als im Vorjahr. Zudem sieht das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung zusätzlich 100 Mio. Euro für die Entwicklungszusammenarbeit vor.

www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/20090129_Regierungserklaerung.pdf

EU-Position für Weltklimaverhandlungen

Die Europäische Kommission hat Ende Januar 2009 ihre Vorschläge für ein neues globales Klimaschutzabkommen und dessen Finanzierung vorgelegt. Um den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen, müssten die weltweiten Treibhausgasemissionen vor 2020 ihren Spitzenwert erreichen und dann bis 2050 auf unter 50 Prozent der Menge von 1990 reduziert werden. Dazu sollten die Industrieländer ihre

Emissionen bis 2020 um 30 Prozent im Vergleich zu 1990 verringern. Daneben sollte die EU versuchen, bis 2015 einen OECD-weiten Kohlendioxid-Markt aufzubauen, wie er bereits innerhalb der EU mit dem Emissionshandelssystem besteht. In diesem Markt sollten dann bis 2020 auch die größten Schwellenländer einbezogen werden. Die Entwicklungsländer sollten bis 2020 den Anstieg ihrer Emissionen um etwa 15 bis 30 Prozent der Menge drosseln, die ohne entsprechende Maßnahmen freigesetzt worden wären. Nach Einschätzung der Kommission sind zur Begrenzung des Temperaturanstiegs bis 2020 weltweit Investitionen von etwa 175 Mrd. Euro jährlich notwendig. Da mehr als die Hälfte dieses Finanzbedarfs in den Entwicklungsländern anfällt, erfordert ein weltweites Klimaabkommen auch entsprechende Finanzierungsmechanismen. Daher sollten für Maßnahmen, die die Wirtschaftskraft eines Landes übersteigen, internationale Mittel unter anderem von der öffentlichen Hand und durch internationale Kohlendioxid-Gutschriften bereitgestellt werden. Außerdem sollte die EU nach innovativen Finanzierungsquellen Ausschau halten, die sich auf das Verursacherprinzip und die Zahlungskraft stützen. Überdies könnte ein Teil der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem zur Unterstützung von Entwicklungsländern verwendet werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs werden sich auf ihrem Gipfel im März mit den Kommissionsvorschlägen befassen.

http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action.htm

Zwölf Kommunen in Endrunde

Zwölf deutsche Städte haben die Chance, Partner bei einer vom Bundesumweltministerium finanzierten Imagekampagne für den klimaschonenden Fuß- und Radverkehr zu werden. Bamberg, Berlin, Bremen, Coesfeld, Dortmund, Greifswald, Halle, Karlsruhe, Kiel, Koblenz, Ludwigsburg und Nürnberg wurden beim Wettbewerb zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs aus mehr als 90 Städten und Gemeinden ausgewählt und schafften es damit in die zweite Runde des Wettbewerbs. Die zwölf Kommunen müssen nun begründen, warum sie gute Voraussetzungen für eine klimaschonende Verkehrspolitik mitbringen und warum gerade ihre BürgerInnen für alternative Verkehrsmittel zu gewinnen sind. Im März werden dann die vier Kommunen mit den besten Konzepten ausgewählt. Sie erhalten dann eine auf ihre Stadt zugeschnittene Imagekampagne für den Fuß- und Radverkehr. Dazu zählt ein umfangreiches Paket von Werbemaßnahmen, mit denen die Vorzüge einer klimaschonenden Mobili-

tät erläutert werden und für die Fortbewegung zu Fuß oder per Rad geworben wird. Mit dem Projekt „Zero-Emission-Mobility“ will das Bundesumweltministerium die emissionsfreie Mobilität durch eine bessere Information der VerbraucherInnen und eine Imagekampagne voranbringen. Die auf kommunaler Ebene durchgeführte Kampagne soll Menschen animieren, auf kurzen Strecken öfter den Pkw stehen zu lassen und sich emissionsfrei per Fuß und Fahrrad zu bewegen.

www.bmu.de/verkehr/rad_fussverkehr/zero_emission_mobility/doc/42534.php

Dieckmann neue Botschafterin der Ökologie

Die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann ist die neue Botschafterin der Ökologie 2009. Seit 2001 beruft die Stiftung für Ökologie und Demokratie jährlich eine in ökologischer Hinsicht kompetente Frau zur „Ökologia“. Bei der diesjährigen Auswahl habe hauptsächlich das internationale Engagement der Bonner Oberbürgermeisterin als Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel eine Rolle gespielt, erklärte der Stiftungsvorsitzende Hans-Joachim Ritter. Die neue „Ökologia“ Bärbel Dieckmann kündigte an, ihr Amt gemäß dem Leitspruch „Global denken – lokal handeln“ auszuüben und das ökologische Anliegen bei vielen Veranstaltungen zu repräsentieren. Zu den bisherigen Botschafterinnen der Ökologie gehörten die ehemalige Oberbürgermeisterin von Heidelberg, Beate Weber, und die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, Dr. Eva Lohse.

www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de/

Klimaschutzabgabe für Dienstflüge in Berlin

Viele BürgerInnen zahlen bereits bei Flugreisen freiwillig eine Abgabe für Klimaschutzprojekte. Auch die Bundesregierung gleicht seit 2007 die Kohlendioxid-Emissionen aller dienstlichen Reisen durch Klimaabgaben aus. Berlin ist nun diesen guten Beispielen gefolgt und hat eine Umweltschutzabgabe für Dienstflüge eingeführt. Danach werden ab diesem Jahr Dienstflüge für die Berliner Landesregierung, die Verwaltungen und die nachgeordneten Behörden mit einer Klimaschutzabgabe zur Kompensation der Kohlendioxid-Emission belegt. Die Einnahmen aus der Klimaschutzabgabe sollen an die Stiftung Naturschutz Berlin fließen und damit zur unmittelbaren Förderung von Natur- und Umweltprojekten in der Hauptstadt dienen. Der Senat rechnet damit, dass in einem Jahr so etwa 50.000 Euro für die Stiftung zusammenkommen. „Mit Projekten in diesem Bereich kann ein wesentlicher Beitrag zur Umweltverbesserung in Berlin erzielt werden“,

erklärte die Berliner Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Katrin Lompscher. Berlin ist nach Angaben von Senatssprecher Richard Meng das erste Bundesland, das eine solche Klimaschutzabgabe einführt.

www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2009/01/20/118782/index.html

Saarbrücken bald Fairtrade-Town?

Saarbrücken will die erste „Fairtrade-Town“ in Deutschland werden. Den Startschuss dafür gab Ende Januar 2009 das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V., das neben der Verbraucherzentrale, dem Fairhandelszentrum Süd-West und dem Weltladen Kreuz des Südens zu den wichtigsten Trägern der Kampagne „Fairtrade-Town“ in der saarländischen Landeshauptstadt gehört. Und Saarbrücken hat gute Chancen: In zahlreichen Geschäften werden bereits fair gehandelte Produkte angeboten. Zudem gibt es einen Stadtratsbeschluss, wonach im Rathaus nur noch Kaffee aus fairem Handel ausgeschenkt wird. Der saarländische Umweltstaatssekretär Rainer Grün begrüßte die Bewerbung der Stadt zur ersten „Fairtrade Town“ in Deutschland anlässlich einer Fair-Kostungsaktion im saarländischen Umweltministerium. „Saarbrücken stellt sich in eine Reihe namhafter Weltstädte und nimmt eine Vorbildrolle im Saarland und in ganz Deutschland ein.“ Das Umweltministerium wolle künftig ebenfalls nur noch fair gehandelten Kaffee verwenden, kündigte Grün an. Weltweit tragen bereits 550 Städte den Titel „Fairtrade-Town“. Um das Label zu erhalten, müssen Kommunen fünf Kriterien erfüllen. Darin geht es um eine bestimmte Verfügbarkeit von fairen Produkten in Gastronomie und Einzelhandel, die Nutzung in öffentlichen Behörden und Unternehmen sowie die Präsenz des Themas in Medien und Bildungsarbeit.

[www.nes-web.de/Newsdetails.13.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=47&tx_ttnews\[backPid\]=7&cHash=a9877fb1f7, www.fairtrade-towns.de/](http://www.nes-web.de/Newsdetails.13.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=47&tx_ttnews[backPid]=7&cHash=a9877fb1f7, www.fairtrade-towns.de/)

Urteil gegen Münchener Friedhofsatzung

Wie zuvor bereits Andernach, muss nun auch die Stadt München ihre Friedhofsatzung ändern. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat am 4. Februar 2009 entschieden, dass die Regelung in der Friedhofsatzung, wonach nur Grabmale aufgestellt werden dürfen, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt worden sind, unwirksam ist. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof argumentierte ebenso wie im November 2008 das Oberverwaltungsgericht Rheinland-

Pfalz, dass einer Gemeinde die Zuständigkeit zum Erlass einer solchen Regelung fehle. Weder die Bayerische Gemeindeordnung noch das Bestattungsgesetz enthielten dazu eine Ermächtigungsgrundlage. Ein Steinmetz hatte gegen die Satzung der Stadt München einen Normenkontrollantrag mit der Begründung gestellt, dass er durch die Satzung unverhältnismäßig in seiner Berufsfreiheit beschränkt werde. Nach dem Urteil haben die Münchener Stadtratsfraktionen von CSU und Grünen Oberbürgermeister Christian Ude in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Städtetags aufgerufen, sich auf Bundesebene für die Schaffung eines Gesetzes einzusetzen, das Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit in Deutschland verbietet. Der Referent für Gesundheit und Umwelt, Joachim Lorenz, bedauerte das Urteil und sicherte zu, dass die Stadt über den Bayerischen Städtetag sowie den Deutschen Städtetag Druck auf den Gesetzgeber ausüben werde, aktiv zu werden. Auch der Lahnsteiner Oberbürgermeister Peter Labonte will sich nach der sogenannten „Grabstein-Entscheidung“ des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz über den Städtetag Rheinland-Pfalz für eine entsprechende gesetzliche Regelung einsetzen. Er hofft, dass der Städtetag gegebenenfalls mit anderen kommunalen Spitzenverbänden weitere Kommunen motivieren kann, Anträge auf Änderung der gesetzlichen Regelung zu stellen. Der Gesetzgeber, also in diesem Fall das Land, wäre dann gefordert, das Bestattungsgesetz entsprechend zu erweitern und zu ändern. Der Stadtrat von Lahnstein hatte sich im Juni 2008 mit der Thematik befasst, vor einer Änderung der städtischen Friedhofssatzung aber zunächst den Ausgang der Normenkontrollverfahren gegen die Friedhofssatzungen der Städte Andernach und München abwarten wollen.

www.vgh.bayern.de/BayVGH/documents/PM-200924.pdf,
www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/40_dir/presseservice/2009/Rathaus_Umschau/001_050/025.pdf,
www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/40_dir/presseservice/2009/Rathaus_Umschau/001_050/024.pdf,
www.lahnstein.de/bilder/pd-09-002.pdf

„mission E“ in der Stadt Bochum

Als bundesweit erste Kommune hat die Stadt Bochum gemeinsam mit der EnergieAgentur.NRW die Informationskampagne „mission E“ gestartet. „Das E steht für Energie, Effizienz, Einsparung, Emission und Engagement“, so Oberbürgermeisterin und Schirmherrin der Kampagne, Dr. Ottilie

Scholz. Im Rahmen von „mission E“ werden alle städtischen Bediensteten darüber informiert, wie sie Energie sparen können ohne auf Komfort verzichten zu müssen – bei der Arbeit ebenso wie privat. Die MitarbeiterInnen sollen so ihr Verhalten bei der Nutzung von Energieverbrauchern hinterfragen und bewusster mit Strom und Wärme umgehen. Ziel ist es, den Energieverbrauch der Stadt fünf Jahre lang um jeweils zwei Prozent pro Jahr zu reduzieren. Damit würde die Kommune 35 Mio. Kilowattstunden Strom und Wärme und 1,6 Mio. Euro sparen. „mission E“ ist ein Konzept, das im Rahmen der Energieeffizienzoffensive „NRW spart Energie“ der NRW-Landesregierung von der EnergieAgentur.NRW entwickelt und sowohl von der Deutschen UNESCO-Kommission als auch von der Europäischen Kommission ausgezeichnet wurde. Die Pilotkampagne der „mission E“ läuft seit zwei Jahren sehr erfolgreich bei der Bundeswehr.

www.bochum.de/C125708500379A31/CurrentBaseLink/0AB8861A67C13803C125753D002CBA02?open&MCL=6Y8CFR912BOLD

Bundesrat-Zustimmung zu Vergaberecht

Nach dem Bundestag hat nun auch der Bundesrat der Reform des Vergaberechts in Deutschland zugestimmt. Das neue Gesetz erlaubt ausdrücklich die Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe und sieht vor, dass „zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben“.

www.bundesrat.de/dn_099/nn_8538/DE/presse/pm/2009/010-2009.html?__nn=true

Fair produzierter Fußball von PUMA

Das Sportlifestyle-Unternehmen PUMA hat im Rahmen einer Kampagne zur Eindämmung von Jugendkriminalität in Südafrika erstmalig Fußbälle unter den Bedingungen des fairen Handels hergestellt. In Kooperation mit der Bayerischen Staatsregierung und dem Internationalen Katholischen Missionswerk „missio“ liefert PUMA in einem Pilotprojekt für die Initiative „Club der guten Hoffnung“ zunächst 5.000 Fairtrade-gesiegelte Fußbälle, die unter anderem bei Fußballturnieren an bayerischen und südafrikanischen Schulen eingesetzt werden. Der langjährige PUMA-Hersteller von Fußbällen Ali Trading in Pakistan wurde zu diesem Zweck erfolgreich einer unabhängigen Betriebsrevision durch die Fair Labelling Organisations International (FLO) unterzogen und

auf die Einhaltung der Kriterien von fairem Handel überprüft.

http://about.puma.com/DE/3/23/23/?news_id=134&year=2008

Aus für einheitliches Umweltgesetzbuch

Das im Koalitionsvertrag vorgesehene bundeseinheitliche Umweltgesetzbuch ist gescheitert. Wie Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mitteilte, sei das seit Jahrzehnten verfolgte Projekt am Reformunwillen der Union gescheitert. Die Union wies den Vorwurf zurück. SPD, Grüne, FDP und Umweltverbände bedauerten das Scheitern. Der Normenkontrollrat war davon ausgegangen, dass durch das neue Gesetz die mittelständische Wirtschaft um etwa 27 Mio. Euro entlastet worden wäre. Zu dieser Entlastung sollte insbesondere die Einführung einer Integrierten Vorhabengenehmigung in das Umweltrecht beitragen. Mit dieser Integrierten Vorhabengenehmigung hätte eine Vereinfachung behördlicher Zulassungsverfahren erreicht werden können. So müsste etwa bei der Errichtung einer neuen Fabrik nicht mehr jeweils eine Genehmigung nach dem Naturschutz-, Abfall- und Wasserrecht sowie andere Genehmigungen eingeholt werden. Vielmehr hätte es nur noch eine einheitliche Genehmigungsprüfung gegeben. Gabriel will nun Änderungen im Wasser- und Naturschutzrecht per Einzelgesetz durchsetzen.

www.bmu.de/umweltgesetzbuch

Organisation direkt

150 Jahre Salesianer Don Boscos

Auf gleich zwei Jubiläen blickt der Orden der Salesianer Don Boscos in diesem Jahr zurück: die Ordensgründung vor 150 Jahren und die Heiligsprechung ihres Ordensgründers Don Bosco vor 75 Jahren. Don Bosco war Priester, Seelsorger und Sozialarbeiter. In der italienischen Industriemetropole Turin holte er arbeitslose und sozial entwurzelte Jugendlichen von der Straße und nahm sie in seinem „Oratorium“, einem offenen Jugendzentrum, auf. Für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen betrachtete er vier Elemente als wesentlich: Geborgenheit, Freizeit, Bildung und Glaube. Don Bosco bildete Mitarbeiter aus und gründete die „Gesellschaft des heiligen Franz von Sales“ – die heutige Ordensgemeinschaft der Salesianer Don Boscos. Am 31. Januar 1888 starb Johannes Bosco. Er wurde am 1. April 1934 heilig gesprochen und wird weltweit als Schutzpatron der Jugend verehrt. Sein Gedenktag ist der 31. Januar. In der Nachfolge des Heiligen Don Bosco setzen sich heute

mehr als 16.000 Salesianer in 132 Ländern der Welt für Kinder und Jugendliche am Rande der Gesellschaft ein: in Jugend- und Ausbildungszentren, Schulen, und Universitäten sowie in der Pfarrseelsorge. Die Deutsche Provinz des Ordens unterhält bundesweit 35 Einrichtungen mit Schwerpunkten in der Erziehungshilfe sowie der Berufs- und Jugendbildung.

www.donbosco.de/jubilaeeumsjahr-150-jahre-salesianer-don-boscos/

Monatshighlight

Konvent der Bürgermeister

Mehr als 350 Städte und Gemeinden haben sich dem EU-Konvent der Bürgermeister angeschlossen. Mit der Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung am 10. Februar 2009 im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel haben sich die BürgermeisterInnen der Kommunen verpflichtet, über die von der Europäischen Union angestrebten Klimaschutzziele hinauszugehen. Diese will bis 2020 die Kohlendioxid-Emissionen und den Energieverbrauch um 20 Prozent verringern und den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix auf 20 Prozent steigern. "Die in Europa erzeugte Energie wird überwiegend in städtischen Gebieten verbraucht. Der Kampf gegen den Klimawandel muss daher in den Städten ausgefochten und gewonnen werden", erklärte der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs. Deshalb sei die Verpflichtung, die BürgermeisterInnen aus ganz Europa durch die Unterzeichnung des Bürgermeisterkonvents eingegangen sind, ein deutliches Signal. Im Rahmen des Bürgermeisterkonvents werden die VertreterInnen von mehr als 60 Mio. BürgerInnen eine Zusammenarbeit aufnehmen, die auf das gemeinsame Ziel ausgerichtet ist, die Umwelt zu verbessern und Energie klüger zu nutzen. Aus Deutschland gehören dem Konvent bisher insgesamt 21 Kommunen an: Aachen, Altötting, Bremen, Dortmund, Frankfurt am Main, Freiburg, Greifswald, Hamburg, Hanau, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, Köln, München, Münster, Neumarkt in der Oberpfalz, Nürnberg, Pforzheim, Rheine, Stuttgart und Wölfersheim. Gleichzeitig mit dem Festakt wurde die neue Internetseite des Bürgermeisterkonvents freigeschaltet, die als Netzportal und Anlaufstelle für die teilnehmenden Städte und deren BürgerInnen fungiert. Das Portal bietet Nachrichten und Bilder zu den Aktivitäten des Konvents sowie Informationen über die beteiligten Städte.

www.eumayors.eu

Stellenbörse

Relaunch der Stellendatenbank

Die Stellendatenbank des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee e. V. (AKLHÜ) ist auf einen neuen Server umgezogen, technisch komplett überarbeitet und nutzerfreundlicher gestaltet worden. Im Menü des Internetportals sind jetzt ein Stellenmarkt für Fachkräfte und ein Stellenmarkt für Freiwillige separat ausgewiesen. Interessierte können wie bisher die Suche nach verschiedenen Kriterien wie etwa Land, Einsatzfelder oder Anbieter filtern. Zudem haben sie die Möglichkeit, neu hinzu gekommene Angebote entsprechend ihren individuellen Sucheinstellungen über einen Mail-Service zu abonnieren. Für Anbieterorganisationen ist insbesondere die Eingabe und Überarbeitung des Organisationsprofils und der Stellen vereinfacht worden. Organisationen, die viele Angebote in der Datenbank veröffentlichen wollen, können eine Schnittstelle einrichten, über die aktuelle Daten aus der eigenen Quelle regelmäßig in die Datenbank übertragen werden. www.entwicklungsdienst.de/stellendatenbank.html?&no_cache=1

Wettbewerbe

Wettbewerbe der letzten *EWN* aktuell auf der Homepage

Einsendeschluss 13.03.09

Wettbewerb „Energieeffizienzhaus“

Das Bundesbauministerium und die Deutsche Energie-Agentur (dena) laden ArchitektInnen oder EigentümerInnen von neu gebauten oder sanierten Wohnhäusern ein, sich am bundesweiten Wettbewerb „Energieeffizienzhaus – Energieeffizienz und gute Architektur“ zu bewerben. Prämiert werden Häuser, die architektonische und energetische Qualität beispielhaft vereinen. Der Preis ist mit 120.000 Euro dotiert.

www.wettbewerb-effizienzhaus.de

Einsendeschluss 16.03.09

SEED-Awards

Die Weltnaturschutzorganisation IUCN, das UN-Umweltprogramm UNEP und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP haben erneut den SEED-Award ausgeschrieben. Der Wettbewerb richtet sich an nationale und internationale Organisationen, lokale Initiativen und Unternehmen, die sich mit neuen und kreativen unternehmerischen Projektideen für eine nachhaltige Entwicklung befassen. 20 vorbildliche Projekte werden durch Partnerorganisationen der Initiative für sechs bis zwölf Monate bei der Umset-

zung ihrer Pläne unterstützt. Der Wert der technischen, inhaltlichen und organisatorischen Hilfe beläuft sich dabei auf bis zu 40.000 US-Dollar.

www.seedinit.org/

Einsendeschluss 18.03.09

Wettbewerb „Klima sucht Schutz“

Beim Energiesparmeister-Wettbewerb „Klima sucht Schutz“ suchen das Bundesumweltministerium und ZDF.umwelt deutschlandweit das beste Schülerprojekt, das Klimaschutz und Energiesparen innovativ und kreativ umsetzt. Teilnehmen können SchülerInnen und LehrerInnen als Team oder einzeln. Eine Experten-Jury wählt zunächst zehn Finalisten aus, aus denen dann via Internet-Abstimmung ermittelt wird, wer den Titel Energiesparmeister „Gold“ tragen darf. Auf die zehn Finalisten warten Geld- und Sachpreise im Wert von mehr als 50.000 Euro. Schirmherr des Wettbewerbes ist Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

www.energiesparmeister.de/

Einsendeschluss 27.03.09

Eine-Welt-Filmpreis NRW und Sonderpreis

Der Fernsehworkshop Entwicklungspolitik verleiht zum fünften Mal den Eine-Welt-Filmpreis NRW. Mit dem Preis, der vom NRW-Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gestiftet wird, werden Film- und Fernsehproduktionen ausgezeichnet, die einen besonderen Blick auf Themen der Einen Welt ermöglichen und für die Bildungsarbeit geeignet sind. Gefragt sind internationale Film-, Video- und Fernsehproduktionen, die ein entwicklungspolitisches Thema, ein Nord-Süd-Thema, Themen der Globalisierung, der interkulturellen Begegnung oder der Agenda 21 behandeln und die nach dem 1. Januar 2007 fertiggestellt und in Deutschland, Österreich oder Schweiz herausgebracht wurden. Dabei können pro AutorIn drei Filme eingereicht werden. Für die drei besten Filme gibt es 3.000, 2.000 und 1.000 Euro. Die Preisverleihung findet am 17. Juni 2009 im Rahmen des 20. Fernsehworkshops Entwicklungspolitik in Köln statt.

Ebenfalls im Rahmen des 20. Fernsehworkshop Entwicklungspolitik schreibt der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) den Sonderpreis „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ aus, der sich auf die Themen der vom BUND, Brot für die Welt und dem EED herausgegebenen gleichnamigen Studie bezieht. Der Sonderpreis ist mit 2.000 Euro dotiert. Die Verleihung erfolgt im Rahmen des Evangelischen Kirchenta-

ges, der vom 20. bis 24. Mai 2009 in Bremen stattfindet.

www.fernsehworkshop.de/2009/reglement.htm

Einsendeschluss 31.03.09

Integrationspreis „respekt2009“

Die Bundesregierung ruft mit dem Wettbewerb „respekt2009“ Jugendliche auf, sich für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft stark zu machen. Gefragt sind Projekte, in denen sich Jugendliche für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und für Chancengleichheit in Deutschland einsetzen. Teilnehmen können Jugendliche zwischen zehn und 19 Jahren. Da pro Bundesland jeweils ein Integrationsprojekt ausgezeichnet wird, kann es insgesamt 16 Gewinnerprojekte geben. Jedes Gewinnerprojekt erhält 1.000 Euro und wird zur Preisverleihung nach Berlin eingeladen.

www.respekt2009.de/

Spruch des Monats

*„In unserer verschmutzten Umwelt
wird die Luft langsam sichtbar.“*

Norman Mailer

Kontakt

Mit besten Grüßen
Ihr Team Servicestelle
Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon: 0228/4460-1632
Fax: 0228/4460-1601
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de
V.i.S.d.P.: Michael Marwede,
Redaktion: barbara.baltsch@inwent.org

Hinweise:

Sie erhalten diese Email, weil Sie in unserem Verteiler aufgenommen sind. Mittels einer Email können Sie sich aus dem Verteiler jederzeit austragen lassen. Danke.

Die *****Eine Welt Nachrichten***** erscheinen monatlich. Wir begrüßen die Weiterleitung der ***EWN*** ausdrücklich.

You are receiving this email *****One World News***** because your address is saved in our database. If you prefer not to receive any further information, please let us know. Thank you. More information: www.service-one-world.com

Vous recevez les *****Informations du monde***** car votre adresse est répertoriée dans notre destinataires. Si vous souhaitez ne plus les recevoir à l'avenir, veuillez nous envoyer en faire part. Merci.

Usted recibe este correo electrónico *****Noticias de Un Mundo***** porque su dirección está anotada en nuestro distribuidor. Si Usted prefiere no recibir más informaciones, por favor, mándenos un corto mensaje. Gracias.

